



**Der Oberbürgermeister
der Stadt Wuppertal**

Anschrift

Rathaus
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Telefon

+49 202 563 6815

Telefax

E-Mail

oberbuergermeister
@stadt.wuppertal.de

Stadt Wuppertal – Oberbürgermeister - 42269 Wuppertal

CDU-Fraktion im Rat der Stadt

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt

17.09.2019

Flächen für eine Bundesgartenschau

- Antwort auf die Große Anfrage vom 18.06.2019 zur Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen am 27.06.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihre Anfrage gebe ich Ihnen hiermit folgende Rückmeldung:

Zu 1.:

Mit wie vielen Eigentümern/Eigentümerinnen hat die Verwaltung schon Gespräche geführt:

Antwort:

Die Verwaltung hat mit 10 Eigentümern Gespräche geführt.

Zu 2.:

Sind diese Eigentümer/Eigentümerinnen grundsätzlich bereit, ihre jeweiligen Grundstücke zur Verfügung zu stellen?

Antwort:

Mit allen Eigentümern, deren Grundstücke für die Realisierung der BUGA nach dem vorliegenden Flächenkonzept der Machbarkeitsstudie benötigt werden, sind Gespräche geführt worden. Ein Eigentümer hat es bisher trotz mehrerer angebotener Maßnahmen der Verwaltung, die auf die Interessenlagen des Eigentümers eingegangen sind, abgelehnt, seine Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung prüft zurzeit, welche Konsequenzen daraus für das Konzept der BUGA zu ziehen sind.

Die übrigen Eigentümer sind über die Nutzung / Verfügbarkeit ihrer Grundstücke verhandlungsbereit und begrüßen die Durchführung einer BUGA aus Stadtentwicklungsgründen ausdrücklich. Die Verwaltung wird hierzu die notwendigen Gespräche fortsetzen, mit dem Ziel jeweils individuelle Vereinbarungen abzuschließen.

Zu 3.:

Trifft es zu, dass der Eigentümer eines unverzichtbaren Schlüsselgrundstückes nicht bereit ist, das Grundstück zur Verfügung zu stellen:

Antwort:

S. Antwort zu Frage 2)

Zu 4.:

Warum sind die Ratsgremien über die wichtige Entwicklung bisher nicht informiert worden?

Antwort:

Da es sich um laufende Gespräche/Verhandlungen zu Grundstücksangelegenheiten handelt, muss auf besondere Vertraulichkeit geachtet werden.

Die Verwaltung arbeitet im Übrigen an der Abarbeitung des Ratsbeschlusses von Dezember 2018. Damit ist die Verwaltung beauftragt worden, alle Rahmenbedingungen zur Vorbereitung einer Bewerbung für die Ausrichtung der Bundesgartenschau im Jahre 2031 zu klären und dem Rat dann einen Entscheidungsvorschlag zu unterbreiten. Diese Prüfungen sind noch nicht abgeschlossen.

Zu 5.:

Wie muss die Planung für die mögliche Durchführung einer BUGA verändert werden?

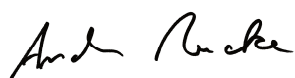
Antwort:

Ob und ggfls. in welcher Form die Planungen für die Bundesgartenschau verändert werden müssen, ist Teil der o.a. Prüfung.

Abschließende Bemerkung:

Die Verwaltung wird selbstverständlich über die weiteren Entwicklungen zeitnah informieren.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Mucke